

Keine Neuauflage des Kalten Krieges. Konzepte für Berlin sind gefragt.

PDS Reinickendorf. Ausgabe Juli 2001

»Soziale Gerechtigkeit« à la CDU

Aus der BVV



Von Klaus Rathmann

Die SPD-Fraktion stellte eine Große Anfrage zur Auslegung und Anwendung des § 15a Bundessozialhilfegesetz. Darin geht es um die Übernahme von Mietschulden der Sozialhilfeempfänger. Die SPD sieht den Paragraphen nicht als Soll-, sondern als Kann-Bestimmung. Kritisiert wurden die von Sozialstadtrat Balzer am 6. April 1999 dazu festgelegten Arbeitsrichtlinien. Einer Überarbeitung wolle er nicht zustimmen, obwohl – wie bekannt wurde – Juristen der zuständigen Senatsverwaltung die Gefahr sehen, sie könnten einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten.

Das Vorgehen des CDU-Stadtrates habe nichts mit sozialer Verantwortung zu tun! Aktuelle Notlagen sind aus CDU-Sicht noch lange kein Grund, Mietschulden zu übernehmen. Im Ergebnis hätten sich die Räumungsklagen im Bezirk verdoppelt und die Hilfe für die Menschen halbiert.

Stadtrat Balzer erklärte dazu, er werde die harte Linie beibehalten. Schließlich seien entsprechende Klagen immer zugunsten des Bezirksamtes ausgegangen. Im April und Mai 2001 habe es jeweils ca. 35 Anträge auf Übernahme von Mietschulden gegeben, wovon immerhin 50 Prozent bewilligt wurden.

Der CDU-Stadtrat muss sich fragen lassen, ob durch diese Politik der sozialen Kälte nicht auch gesellschaftliche Folgekosten entstehen?



Sozial und solidarisch, nicht »christlich-sozial«

Foto: Andreas Schoelzel

Aktion

■ Liebe Leserinnen und Leser, wir gehen in die Sommerpause. Darum an dieser Stelle keine weiteren Termine für Veranstaltungen. Aber – trotz der Verzögerungstaktik der CDU – für uns gilt weiterhin: Neuwahlen jetzt!!!

■ Sie finden uns im Internet unter www.pds-reinickendorf.de

■ Diese Reinickendorfer Beilage zur Landeszeitung der PDS wird vom Bezirksverband finanziert. Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Konto-Nummer: 43 84 81 68 12. Post an: »Roter Laden«, Schloßstraße 22, 13507 Berlin-Tegel, Tel. 43 73 26 30, Fax 43 73 26 32.

Ein empfindlicher Tabu-Bruch

Von Petra Pau (MdB, PDS-Landesvorsitzende)

Berlin ist aus dem Trott geraten, endlich. Denn elf lange Jahre wurde vor allem die Prophezeiung des erinnerungswürdigen Harry Ristock verwaltet. »Die große Koalition wird sich wie Mehltau über die Stadt legen.« So warnte der Ex-Senator 1990.

Nur drei mal sorgte Berlin in den 90er Jahren für überregionale Schlagzeilen: 1991, als der Umzug vom Rhein an die Spree beschlossen ward. 1993, als der Berliner Senat eine ruinöse Olympia-Bewerbung verweigerte. 1996, als er die Hochglanz-Fusion von Berlin und Brandenburg in den Märkischen Sand setzte.

Etwas zu wenig Werbendes für eine Hauptstadt, die eigentlich ausstrahlen und anziehen sollte. Und etwas zu viel Murks für eine »Werkstatt der Einheit«, wie die Ost-West-Stadt zu recht, weil anspruchsvoll, bezeichnet wird.

Nun gibt es wieder »Berliner« Eil-Meldungen. Es begann mit einem Säuseln, da auch die CDU

des Regierenden Bürgermeisters mit einem Spenden-Skandal aufwartete. Dann folgte die Offenbarung, Berlin ist bettelarm und, weil politisch verfilzt, obendrein kreditunwürdig. Schließlich kam es zum Polter-Crash zwischen SPD und CDU, zum Aus des Diebgen-Senats.

Drei von vier Berlinerinnen und Berlinern wollen vorgezogene Wahlen, sagen Umfragen. Und die Volksinitiative »Neuwahlen jetzt« erbrachte binnen Wochenfrist mehr als die nötigen 50.000 Unterschriften. Berlin politisiert sich und es wird hochgerüstet.

Der »Kampf um Berlin« ist eröffnet, lese ich. Die Bajuwaren rekrutieren CSU-Bataillone für das letzte Gefecht ums Rote Rathaus. Hessens CDU droht mit Verfassungsbruch: sollten die Berliner nicht wie vorgeschrieben frei wählen, dann sei Schluss mit lustig und dem Länderfinanzausgleich. Auch Helmut Kohl, »Kanzler der Einheit«, verlässt

sein Affären-Exil. Sozi-Verrat, poltert er, und: Kommunisten sind rot-lackierte Faschisten.

Stehen »die Russen« vorm Stadt-Tor, bolschewistisch verschult und mit Messern zwischen den Zähnen? Nein, es ist schlimmer. Die PDS ist nicht außen vor, sondern mittenrang. Und die SPD erwägt, sie als potentiellen Landes-Partner anzuerkennen, notgedrungen und kalkuliert. Das trifft die CDU ins Mark, denn eine hörige SPD war ihre Macht-Police.

Für wahr ein Tabu-Bruch, ein bedrohlicher – für den hauptstädtischen Trott, für den West-Berliner Klüngel, für das gepflegte Feindbild von »Report München«. Aber das nun angetastete Unberührbare ist eine Chance, eine hauptstadt-würdige.

Allerdings eine sehr sensible. Sie verträgt keine Neuauflage des Kalten Krieges, von keiner Seite. Ansonsten würden Berlin und die angestrebte Einheit insgesamt böß verlieren.

Das Leid seiner Opfer anerkennen heißt den Kalten Krieg beenden!

Die Mitglieder der PDS Reinickendorf kommen aus der SED und der SEW, sind in wachsender Zahl aus der SPD übergetreten oder waren vormals parteilos. Die Debatten zur Geschichte, die dabei mitgeteilten Erfahrungen unserer älteren Genossinnen und Genossen haben gezeigt, in welchem Maße Linke in der Bundesrepublik undemokratische Ausgrenzungen und Zurücksetzungen als Ausdruck des lange vorherrschenden Antikommunismus erfahren mussten.

Zugleich haben wir uns der eigenen Vergangenheit gestellt. Wir haben in diesen schwierigen Debatten die Repressionen und Zwängen als Teil der Politik der SED nicht klein geredet. Im Ergebnis dessen anerkennen wir das Leid der Opfer und verstehen ihre Skepsis gegenüber dem Erneuerungsprozess der PDS. Ausdrücklich bekennen wir uns zum antistalinistischen Grundkonsens vom Dezember 1989, beschlossen im Moment des Übergangs von der SED zur PDS. Den politischen Gegner mit Zwang vom angeblich besseren Weg zu »überzeugen«, den Unmut der Menschen mit Gewalt zu unterdrücken oder Grenzen abzuriegeln, sind mit einer Politik des demokratischen Sozialismus unvereinbar. Für uns heiligt der Zweck nicht die Mittel.

Wir sind der Meinung: Geschichte kann nicht aufgerechnet werden. Wir widersetzen uns ihrer Instrumentalisierung. Die Fehler der Vergangenheit nicht zu verdrängen, aus der Geschichte zu lernen, bleibt für uns unverzichtbarer Teil unserer programmatischen Debatte. Das Ziel kann dabei nur sein, die PDS als sozialistische Menschenrechtspartei, als Partei der Emanzipation, der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität von unten im Bewusstsein der Menschen zu verankern.

Das Denken des Kalten Krieges sollte für alle Menschen in Berlin zur Vergangenheit gehören. Die Zukunft der Stadt braucht den politischen Wettstreit in der Sache. Nur wer diesem ersten Schritt zu einer verantwortlichen Politik ausweichen will, wird versuchen, uns wieder in die Gräben des Kalten Krieges zu drängen.

(Auf der Mitgliederversammlung am 16. Juni 2001 einstimmig beschlossen)



So sieht es Reinickendorfer Schüler

Karikatur: MH

Nur ein Märchen?

Leistung muss sich wieder lohnen Von Renate Herranen

Es war einmal eine große Stadt, die sich mit viel Mühe zur Hauptstadt von Filz und Korruption entwickelt hatte. Und alle, die fleißig daran mitarbeiteten, wurden dann fürstlich belohnt. Einer, der durch besonderen Fleiß die Stadt in den Ruin führte, bekam dann 700.000 Dukaten. Aber natürlich nicht nur einmal, denn Leistung muss sich wieder lohnen!

In dieser großen Stadt gab es hoch im Norden einen Bezirk, indem ein hoher Herr angestrengt nachdachte: Wie mache er es bloß, damit kein armer Mensch mehr in seinem Bezirk wohnen musste. Denn der hohe Herr war so christlich, dass er zur entsprechenden Partei gehörte.

Da kamen zum Beispiel Menschen in den Bezirk, die vor einem Krieg geflohen waren, obwohl der Krieg doch den Frieden bringen sollte. Das hatten diese Flüchtlinge wohl falsch verstanden. Und da die Flüchtlinge so wenig verstehen, da dachte der hohe Herr daran, dass die auch sicher nicht wissen wie man mit den Dukaten umgeht und gab ihnen Plastikkarten in die Hand und sagte ihnen, wo sie damit einkaufen können. Die Flüchtlinge waren dem hohem Herr so dankbar, dass sie alsbald diesen gastfreundlichen Bezirk wieder verließen und nur noch ganz wenige blieben.

Dann gab es noch andere Menschen um die der hohe Herr sich Sorgen machte, es waren die, die kein Geld für ihre Miete hatten. Vielleicht, so dachte er, brauchen diese Menschen mehr Unterhaltung und zwang sie in kleine Wohnheime, in denen sie kuschelig dicht beieinander wohnen konnten. Aber die Menschen er-

kannten nicht die besondere Familienfreundlichkeit dieses Tuns und wollten den hohen Herrn verklagen. Einige zogen einfach weg aus dem Bezirk. Aber so war es doch auch gut für den sorgengeplagten Christenmenschen, denn so hatte er die Armut aus dem Bezirk hinweggeräumt.

Aber die Güte des hohen Herrn kennt keine Grenzen. Da gibt es auch noch Menschen, die in Häusern umgeben von großen Gärten leben mussten. Zwar hatte seine Partei schon dafür gesorgt, dass sie sich dies überhaupt leisten konnten. Auf Kosten der Allgemeinheit durften sie Steuern sparen mit Immobilienfonds, die eine Bankgesellschaft in die Pleite trieben und den Schuldenstand pro steuerzahlendem Bürger in der großen Stadt weiter in die Höhe trieben. Doch weil die vom Munde der anderen abgesparten Häuser so groß und die Gärten so weit sind, macht sich eine familienfeindliche Einsamkeit unter diesen Menschen breit. Damit sie wieder unter Leute kommen, soll nun eine Sportanlage gebaut werden, mit Flutlicht. Denn schließlich müssen ja die Dukaten, die bei anderen gespart worden sind, auch wieder sinnreich ausgegeben werden.

Die christliche Partei, deren barmherziges Tun wir hier schilderten, hat die Familie in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt. Und in Reinickendorf können wir besichtigen, wie sie dieses Anliegen konsequent umsetzt.

Und wenn der hohe Herr nicht abgewählt wird, dann wird er weiter von quälenden Gedanken verfolgt, wie er die Armut aus seinem Bezirk vertreiben kann. Erlösen wir ihn, wählen wir ihn ab.

100 % CDU

Die CDU wirbt mit ihrem Kandidaten, der die neue Generation verkörpern soll, was immer das auch heißen mag. Er soll für die doch ach so schön klingenden Worte stehen wie: frei, unabhängig, sozial und zukunftsbezogen. So verkündigt von dem zu recht abgewählten Herrn Diepgen.

Dieser Herr Steffel antwortete dem Tagesspiegel in einem Interview vom 24. Juni 2001 auf die Frage: »Angenommen sie würden Regierender Bürgermeister: Welche Entscheidungen wären ihre ersten?« mit einem Eingeständnis und mit einer Drohung: »Eine schwierige Frage, über die ich mir, ehrlich gesagt, noch keine Gedanken gemacht habe. Aber eine Gruppe, die mir besonders am Herzen liegt, sind allein erziehende Frauen und Männer. Für die will ich auf alle Fälle etwas tun.«

Drohung deshalb, weil wer in unserem Bezirk sozial gescheitert ist, der/die ist dann auf die Gnade eines »christlichen« Sozialstadtrates namens Balzer angewiesen. Das zeigt sich z.B. an den zu 1999 fast verdoppelten Räumungsklagen (1999: 623, 2000: 1151), weil der Bezirk die Mietschulden nicht übernehmen will. Da werden allein erziehende Frauen und Männer, Familien, Alleinstehende lieber in Obdachlosenheimen oder Männerwohnheimen untergebracht. Da deren Kapazitäten nun schon überbelegt sind, kommen nur noch die sogenannten Läusepensionen in Frage. Das lässt den Sozialstadtrat der CDU, der weder das »C« wie christlich, noch das »S« wie sozial verdient, völlig unbeeindruckt. »Wir verhalten uns absolut rechtskonform. Wir erzielen durch unser Vorgehen neben den finanziellen Einsparungen von 1,4 Millionen DM gegenüber den Vorjahren mehr soziale Gerechtigkeit. Wir werden deshalb an unserer Linie festhalten.« Es könne nicht sein, dass durch die Verschleuderung von Steuergeldern für Sozialhilfeempfänger diejenigen bestraft werden, die immer ihre Miete zahlen.

Das durch dieses Vorgehen immer mehr Menschen auf der Strecke bleiben, ist der CDU in Reinickendorf völlig egal – am liebsten wäre es dieser CDU, wenn die sozial schwachen, an dieser Gesellschaft gescheiterten Menschen den Bezirk verlassen würden.

Das ist das »moderne« Verständnis der CDU von »sozialer« Gerechtigkeit! Renate Herranen

Impressum

Herausgegeben vom PDS-Bezirksvorstand Reinickendorf. V.i.S.d.P.: Robert Scholz.